

[goethe.de](https://www.goethe.de)

„Es geht ums Überleben“

Isabelle de Pommereau

16–19 Minuten

Mütter im Mörsertraining, Kinder im Desinformationskurs: In den baltischen und nordischen Staaten ist Verteidigung und Resilienz Alltag und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In Deutschland ist sie (noch?) Streitfall. Wer verteidigt die Freiheit?

Als Umweltaktivistin und überzeugte Pazifistin hätte sich Ingrid Nielsen aus Tallinn früher nie vorstellen können, eine Militäruniform zu tragen. „Wenn ich jede Waffe auf der Welt zerstören könnte, würde ich es tun“, sagt sie.

Dann kam der 24. Februar 2022. Die Bilder aus Butscha. Die Massengräber. Die zerstörten Städte. Die Berichte über Vergewaltigungen. „Ich habe drei Töchter“, sagt sie. In diesem Moment wurde aus einer abstrakten Bedrohung eine persönliche. „Wenn man neben Russland lebt, haben wir nicht den Luxus des Pazifismus. Also bereiten wir uns vor. Weil es keinen anderen Weg gibt.“

Mehrmals im Jahr steht die dreifache Mutter im gefrorenen Wald und lädt eine 120-Millimeter-Granate in einen Mörser. 35 Kilogramm Ausrüstung auf den Schultern, die Hände taub vor Kälte. Sie ist eine von vier Frauen in ihrer Einheit.

Seit Beginn der russischen Großinvasion haben sich Tausende Frauen wie sie der estnischen Freiwilligenorganisation Naiskodukaitse („Frauenheimwehr“) angeschlossen, der Frauenorganisation des estnischen Verteidigungsbundes KaitseLiit. Dessen Ziel ist es, eine Besatzung unmöglich zu machen. Auch in Lettland wachsen die Reihen der Zemessardze, in Litauen die der Lietuvos šaulių sąjunga, in Finnland die der Maanpuolustuskuulutusyhdistys. Das Prinzip ist überall dasselbe: Verteidigung wird als Aufgabe der gesamten Gesellschaft verstanden.

In Estland ist das keine Parole, sondern Struktur. Mit nur 7.000 Berufssoldat*innen bei 1,3 Millionen Einwohner*innen ist das Land auf Freiwillige angewiesen – Reservist*innen, IT-Spezialist*innen, freiwillige Sanitäter*innen, Lehrer*innen, Eltern. Mütter organisieren Jugendgruppen. Programmierer sichern Netzwerke. Bürger*innen trainieren in denselben Wäldern, in denen sie als Kinder gespielt haben. „Freiwillige sind das Bindegewebe unserer Resilienz“, sagt Nele Loorents vom International Centre for Defence and Security in Tallinn. „Es geht darum, Bereitschaft im nationalen Denken zu verankern.“ Für Estland, sagt sie, gehe es bei Verteidigung „ums Überleben“. So ist das auch in den anderen baltischen und nordischen Staaten.





Ingrid Nielsen ist eine von vier Frauen in einer 30-köpfigen Mörserinheit des freiwilligen estnischen Verteidigungsbundes Kaitseliit. | Foto: © Kristin Liiv

Die Lektion des Nordens

Was kann Deutschland von Ländern lernen, für die Bedrohung keine abstrakte Möglichkeit, sondern gelebte Realität ist? Diese Frage stand im Zentrum einer Konferenz der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Veranstaltung [*Civil Defence and Societal Resilience – Lessons from Russia’s War of Aggression and the Nordic-Baltic States*](#) fand in den Nordischen Botschaften in Berlin statt – wenige Tage vor der Abstimmung zum neuen

Wehrdienstmodell. Sicherheitsexpert*innen aus Finnland, Lettland und der Ukraine diskutierten über Verteidigung in demokratischen Gesellschaften.

Das deutsche Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Das im Dezember 2025 vom deutschen Bundestag verabschiedete Wehrdienst-Modernisierungsgesetz ist der umfassendste Versuch, die personelle Basis der Streitkräfte wieder zu stärken, seit die Wehrpflicht im Jahr 2011 ausgesetzt worden war. Seit dem 1. Januar 2026 müssen alle 18-jährigen Männer einen Fragebogen ausfüllen (für Frauen ist dies freiwillig), der ihre Motivation und Eignung für den Einsatz in der Bundeswehr überprüfen soll. Ab 2027 werden alle Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 gemustert. Ziel ist es, potenzielle Rekrut*innen systematisch zu erfassen. Mehr über das Gesetz, seine historische Einordnung und die gesellschaftspolitischen Debatten in Deutschland darüber, könnt ihr im JÁDU-Artikel [Nieder – und doch im Dienst](#) lesen.

„Zivile Verteidigung besteht nicht nur aus Soldaten und Waffen“, sagte Florian Constantin Feyerabend, Experte für internationale Zusammenarbeit, politischen Dialog und sicherheitspolitische Themen, zur Eröffnung: „Sie betrifft die gesamte Gesellschaft.“ Deutschland habe sich zu lange daran gewöhnt, Sicherheit als selbstverständlich zu betrachten. Während Moskau einen hybriden Krieg führe, der Gesellschaften ebenso ins Visier nehme wie Armeen, habe sich Deutschland zu sehr an Frieden gewöhnt. „Resilienz ist keine Option“, sagte er. „Die Ukraine zeigt, dass sie überlebensnotwendig ist.“

In den nordischen und baltischen Staaten ist diese gesellschaftliche Resilienz fest verankert. In Lettland beginnt Verteidigung im Alltag. „Im Ernstfall müssen Bürger Verantwortung übernehmen, weil Militär und Rettungsdienste überfordert sein werden“, sagte Sigita Struberga von der Latvian Transatlantic Organisation. Verteidigungsbildung ist dort Teil des Schulunterrichts. In Finnland lernen Kinder früh, Desinformation zu erkennen. Politiker*innen besichtigen regelmäßig die unterirdischen Schutzräume Helsinkis – groß genug für fast die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt. „Jeder hat eine Rolle. Und jeder muss sie kennen“, sagte der finnische Forscher Pekka Kallioniemi.

Vor allem die Ukraine liefert eine Lektion. „In der Ukraine ist Resilienz nichts, was der Staat von oben verordnet“, sagt die Politikwissenschaftlerin Oksana Huss von der Universität Duisburg-Essen, die ursprünglich aus der Ukraine stammt und nun zum Thema Resilienz forscht. „Sie entsteht horizontal.“

Nach der Revolution der Würde 2014, als der Staat unter dem damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch Gewalt gegen Demonstrierende einsetzte, begannen Bürger*innen, medizinische Versorgung, Logistik und Schutzstrukturen selbst zu organisieren. Aus improvisierten Initiativen entstanden belastbare Netzwerke: Sie rüsteten Soldat*innen aus, versorgten Vertriebene und hielten schließlich während der russischen Großinvasion 2022 ganze Städte funktionsfähig.

In Deutschland hingegen erwarteten viele noch immer, dass der Staat alles regele, sagt Oksana Huss: „In einer echten Krise wird das nicht funktionieren.“



„In der Ukraine ist Resilienz nichts, das der Staat einfach vorgibt. Sie wird horizontal aufgebaut“, sagt Dr. Oksana Huss, ukrainische Forscherin für gesellschaftliche Resilienz, Korruptionsprävention und zivilgesellschaftliche Mobilisierung an der Universität Duisburg. | Foto: © Isabelle de Pommereau

Eine neue Debatte in Deutschland

Während im Baltikum Verteidigung also Teil des Alltags ist, tastet sich Deutschland erst wieder an die Frage heran. Jahrzehntlang war Sicherheit delegiert – an Verteidigungsbündnisse, an Diplomatie, an wirtschaftliche Verflechtung. Nun kehrt das Thema in die Klassenzimmer, in Jugendzentren, in soziale Medien zurück.

Soldat*innen besuchen Schulen, sprechen über Abschreckung und Auslandseinsätze. Konferenzen über gesellschaftliche Resilienz, einst ein Nischenthema, sind ausgebucht. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung, die den Grünen nahesteht, widmete ihre [außenpolitische Jahrestagung im Januar 2026](#) der Frage, wie

Demokratien widerstandsfähiger werden können – militärisch, gesellschaftlich, politisch. Noch vor wenigen Jahren wäre das im pazifistisch geprägten Milieu der Umweltbewegung kaum denkbar gewesen.

Inwiefern die deutsche Gesellschaft bereit ist, diesen Mentalitätswandel mitzugehen, bleibt im Moment offen. Aber die Debatte darüber hat die politischen Institutionen verlassen. Sie ist im Alltag angekommen. Und sie kreist um eine Frage, die im Baltikum längst beantwortet ist, in Deutschland aber erst gestellt wird: Welche Rolle spielt die Gesellschaft selbst, wenn es ernst wird?

Ein gesellschaftlicher Prozess

Der Wandel vollzieht sich langsam und er bleibt umstritten. Für viele Deutsche ist Verteidigung noch immer etwas Fernes und Abstraktes.

Der Friedens- und Umweltaktivist Yannick Kiesel aus Berlin etwa lehnt die Argumentation der Bundesregierung zum Ausmaß der Bedrohung durch Russland sowie zur Notwendigkeit einer Remilitarisierung entschieden ab. Ja, Russland sei ein Aggressor, und ja, der Krieg müsse enden. Aber: „Mir zeigt keiner einen langfristigen Plan, wie die Ukraine gewinnen soll.“ Kiesel beschreibt die Verwüstung der Frontstädte – Minenfelder, zerstörte Infrastruktur, verlorene Heimat. Für ihn steht die Frage im Raum: Was hätte man früher tun können, und was kann man jetzt tun, um weiteres Sterben zu verhindern?

Die Vorstellung, man verteidige „unsere Freiheit“ in der Ukraine, weist er zurück. „Die Menschen in der Ukraine sterben, weil sie ihr

Land verteidigen – nicht unsere Freiheit.“ Einen Patriotismus, wie er dort sichtbar sei, werde es in Deutschland nicht geben. „Ich werde mein Land nicht verteidigen, weil ich nicht weiß, was ich hier verteidigen soll.“

Für Kiesel entsteht Sicherheit nicht durch militärische Stärke sondern durch soziale Stabilität: „Der Zusammenhalt wird nicht besser, indem wir uns verteidigungsfähig rüsten. Er wird besser, indem wir Bildung stärken, den sozialen Sektor, Integration.“





Yannick Kiesel, 32, engagiert sich bei der Deutschen

Friedensgesellschaft. | Foto: © Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte

KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Der Reserveoffizier Roland Bösker aus Dessau kontert: „Eben weil wir über soziale Ungerechtigkeit frei diskutieren können, müssen wir diese Freiheit sichern“. Bösker trat 1989 in die Bundeswehr ein. Mittlerweile ist er als PR-Unternehmer tätig und Mitglied des Bundesvorstands von BundeswehrGrün e.V., einem sicherheitspolitischen Netzwerk, das den Grünen nahesteht. Zu lange habe ein „freundliches Desinteresse“ geherrscht, bemängelt der Oberstleutnant der Reserve – nach dem Motto: Es funktioniert ja irgendwie, irgendwer wird unsere Freiheit schon schützen. Mit der im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine entstandenen Wehrdienstdebatte, so Bösker, werde diese Illusion durchbrochen: „Es ist eben nicht irgendwer. Es ist jeder Einzelne, der sich entscheiden muss.“

Ein Erlebnis während seines Einsatzes mit der Bundeswehr in Litauen 2017 prägte ihn besonders. Ein Mann erkannte die Uniform, die er und die anderen an dem NATO-Einsatz beteiligten Soldaten trugen, begann zu weinen und sagte: „Europa passt auf uns auf.“ Für Bösker war das ein Moment, der ihm zeigte, was Verteidigung für kleinere Staaten bedeutet: „Europa ist eine Union demokratischer und freier Staaten“, sagt er. „Und diese Freiheit muss gesichert werden.“

Praktische Dimension

Nicht jede*r muss Soldat*in werden. Die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen war und ist hoch geschätzt, ebenso wie zivilgesellschaftliches Engagement. Auch in Deutschland hat Verteidigung viele Formen – im Katastrophenschutz, in Krankenhäusern, in Behörden. „Entscheidend ist Beteiligung.“ Abschreckung beginne nicht mit Waffen, sondern mit Bewusstsein, findet Bösker. „Je stärker dieses Bewusstsein ist, desto resilienter ist die Gesellschaft – und desto unwahrscheinlicher wird der Krieg.“





Roland Bösker, 56, ist Oberstleutnant der Reserve der Bundeswehr und Mitglied des Bundesvorstands von BundeswehrGrün e.V., einem sicherheitspolitischen Netzwerk, das der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe steht. | Foto: © Isabelle de Pommereau

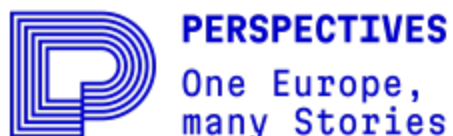
Dieses Bewusstsein hat auch eine konkrete Dimension. Im Fall eines Angriffs auf das Baltikum oder andere NATO-Bündnispartner sieht der [Operationsplan Deutschland](#) (kurz OPLAN DEU) vor, dass „zentrale militärische Bestandteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den notwendigen zivilen Unterstützungsleistungen zusammen“ geführt werden. Aufgrund seiner geografischen Lage würde Deutschland dabei zur logistischen Drehscheibe, zu Aufmarsch- und Transitgebiet für NATO-Verstärkungen - Hunderttausende Soldat*innen mit Fahrzeugen, Panzern, Munition. Über Gleise und Autobahnen würden Militärtransporte rollen, zivile Krankenhäuser Verwundete versorgen. Engpässe würden dann auch den Alltag berühren. Verteidigung wäre kein fernes Szenario mehr, sondern sichtbar – und spürbar.

„Das ist keine Panik. Das ist unsere Realität. Wir müssen bereit sein“, sagt Ingrid Nielsen in Tallinn.

Ob Deutschland eines Tages ein ähnliches Verhältnis zur eigenen Verteidigung entwickeln wird wie Finnland, die baltischen Staaten

oder die Ukraine, lässt sich noch kaum vorhersehen. Aber das Thema hat die Konferenzsäle und politischen Debatten verlassen. Auch im Zusammenhang mit der Kritik am neuen Wehrdienstmodell wird nicht mehr nur gefragt, wie stark die Armee ist. Sondern wie bereit die Gesellschaft ist.

Die vom früheren Bundeskanzler Olaf Scholz beschworene Zeitenwende ist damit nicht vollzogen. Aber sie hat begonnen. Und sie ist, wie Roland Bösker sagt, „kein Beschluss – sondern ein laufender Prozess.“



Die Veröffentlichung dieses Artikels

ist Teil von PERSPECTIVES – dem neuen Label für unabhängigen, konstruktiven, multiperspektivischen Journalismus. JÁDU setzt dieses von der EU co-finanzierte Projekt mit sechs weiteren Redaktionen aus Mittelosteuropa unter Federführung des Goethe-Instituts um. [>>> Mehr über PERSPECTIVES](#)

März 2026